

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit = Revue suisse de travail social
Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit
Band: - (2011)
Heft: 10

Vorwort: Editorial
Autor: Kressig Meier, Marcel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Liebe Leserin, lieber Leser,

Der regelmässige Blick in Schweizer Presseerzeugnisse offenbart Dramatisches: Die Schweiz ist sich ihrer Identität angesichts der Zuwanderung nicht mehr sicher! Es sind nicht nur die überfüllten Züge, die gestiegenen Mieten und der Verdrängungskampf um Arbeitsstellen, die den Schweizerinnen und Schweizern zu schaffen machen. Themen wie Verschärfung der Einbürgerungspraxis, Burkaverbot, Mundart im Kindergarten, Parallelgesellschaft und Beschränkung der Zuwanderung machen Schlagzeilen. Der Kampf um die kulturelle Hegemonie wird aktuell entlang inhaltlicher Positionen zum Label «Schweiz» und zum Verständnis von Integration geführt. Wie der Zwischenstand in diesen Auseinandersetzungen aussieht, offenbaren die letzten Abstimmungsergebnisse.

In der fachlichen Diskussion ist der Integrationsbegriff umstritten, was zum einen terminologisch bedingt ist, zum anderen mit je damit verknüpften bzw. assoziierten theoretisch-konzeptionellen Überlegungen zusammenhängt. Integration – als Prozess und Ergebnis eines Zusammenschlusses von Teilen zu einem Ganzen – ist nicht so einfach zu fassen, denn allein ihre Zunahme führt nicht zwingend zu einem besseren Resultat, wie schon das einfache Beispiel von hoch integrierten Sekten illustriert. Es sind also zwingend weitere, qualitativ zu bestimmende Aspekte wie Mechanismen und Formen der Integration, Machtkonstellationen, Vorstellungen des Soll-Zustands, normative Orientierungen, Zielgruppen usw. einzubeziehen. Die Fachdebatte kreist denn auch um die Konzeptionen von Integration, Assimilation, Multikulturalität, Transnationalität und Diversity. Dabei geht es immer auch um modellhafte Vorstellungen der Einbindung von Individuen in die Gesellschaft: Beschwört das Modell «Integration» in der Regel die Gesellschaft als Einheit und setzt auf Kultur als verantwortliche Instanz, so geht das staatszentrierte Modell «Inkorporation» von der Politik als Steuerungszentrum der Gesellschaft aus und fokussiert daher auf die Gestaltung von Mitgliedschaft, welche über (politische und soziale) Rechte vermittelt ist. Neben einem universalistischen Verständnis von «citizenship» bzw. «citoyenneté» finden sich auch Konzeptionen, welche die Zugehörigkeit zu einer Gruppe in den Vordergrund stellen und im Kontext von diversity diskutiert werden. Ein

drittes Modell schliesslich nimmt die Differenzierung moderner Gesellschaften ernst und setzt auf «Inklusion» in unterschiedliche Lebensbereiche, die freilich für die einzelnen Menschen nicht alle gleich relevant sind. Fragen von Ausgrenzung und mangelnder Teilhabe wären konsequenterweise auf diese Lebensbereiche zu beziehen.

Dies führt uns zu einem anderen Aspekt, der in der Debatte um Anerkennung oder Umverteilung thematisiert wird. Gemeint ist die Frage, ob in differenzierten Gesellschaften die Anerkennung der kulturellen Besonderheiten von Individuen und Gruppen im Vordergrund zu stehen hat oder nicht vielmehr die gerechte Verteilung von gesellschaftlich als wichtig erachteten Ressourcen. Es scheint zunehmend, dass diese Fragestellung in die Irre führt: Ansprüche auf Anerkennung sind nach Nancy Fraser mit Forderungen nach Umverteilung zu verbinden, denn Verweigerung der Anerkennung und ökonomische Diskriminierung sind oft miteinander verschränkt. So wäre ohne Vorabfestlegung der Rangfolge jeweils im konkreten Fall zu klären, inwieweit die Mittelverteilung und/oder die Anerkennungsordnung das Vermögen von Individuen/Gruppen einschränken, ihre Vorstellung vom guten Leben umzusetzen.

Auch die Dialektik von Gleichheit und Differenz ist eine ständige Quelle theoretischer Unruhe. Dies hat Auswirkungen bis hin zu methodischen Fragen, beispielsweise ob für Soziale Arbeit im Migrationskontext ein besonderes Kompetenzprofil vonnöten ist oder nicht vielmehr die allgemeinen professionellen Kompetenzen besonders konsequent zum Einsatz kommen sollten. Dem Gleichheitskonzept kann vorgeworfen werden, dass es einer Homogenisierung, Assimilierung und Einebnung von Unterschieden Vorschub leiste, dem Differenzkonzept, dass es auf einem Essentialismus kultureller Merkmale basiere und letztlich zu einer Kulturalisierung bzw. Ethnisierung sozialer und ökonomischer Probleme führe. Konzeptionelle Auswege werden dementsprechend auch über Begriffe wie egalitäre Differenz, differenzierte Gleichheit oder – grundlegender noch – gleiche Freiheit gesucht. Dies verweist auf die Notwendigkeit, verschiedene Facetten der Vielfalt zusammenzudenken, wodurch sich nicht einfach eine bunte Welt offenbart, sondern eine vielfältig stratifizierte Welt. Angesichts dessen liegt der professionelle Anspruch in der Kunst der Differenzierung mit Blick auf die Ermöglichung gleicher Freiheiten und Sicherheiten.

Im öffentlichen Diskurs um Migration und Integration spitzt sich die Auseinandersetzung um das Zusammenleben in Zuwanderungsgesellschaften im Kampfbegriff der Parallelgesellschaft zu. Der Beitrag von Christian Reutlinger und Bettina Brüscheweiler geht diesbezüglich der Frage nach, was

eigentlich «parallel» zur Gesellschaft heisst. Aus einer raumtheoretischen Perspektive wird das Gebilde Parallelgesellschaft dekonstruiert, um scheinbar unhinterfragte Paradoxien und dahinter liegende Raumkonstruktionen und deren Bedeutung für die wissenschaftliche Diskussion sichtbar zu machen. In einem Ausblick werden die damit verbundenen Herausforderungen für eine reflexive Soziale Arbeit aufgezeigt, welche eine Gesellschaftsform, in der eine Transnationalisierung der sozialen Welt von unten mitdenkt, und welcher eine soziale Entwicklungsvorstellung hinterlegt ist.

Der Beitrag von Esteban Piñeiro widmet sich der transkulturellen Öffnung der Verwaltung in der Schweiz. Der Autor arbeitet die zentralen konzeptionellen Koordinaten dieser Öffnungsstrategie heraus und schärft die darin eingeschriebenen Deutungsmuster und Handlungslogiken anhand des angelsächsischen Verwaltungsdiskurses. Anschliessend widmet er sich der Frage, inwieweit das Öffnungspostulat für die fachlichen Handlungsstandards von einzelnen Dienststellen anschlussfähig ist oder ob es diese nicht gar zu unterminieren droht. Anhand zweier Beispiele, der Sozialarbeit und der Polizei, wird das diffizile Zusammenspiel der unterschiedlichen Handlungslogiken diskutiert. Seine Analyse führt zum Ergebnis, dass sich das Öffnungsprogramm gegenüber den Vielfaltskonstruktionen der jeweiligen Dienste öffnen muss und zwingend einer praxeologischen Modellierung bedarf.

Einem anderen Aspekt der gegenwärtigen Integrationspolitik widmet sich der Beitrag von Miryam Eser Davolio und Eva Tov. Nach einer Einbettung des Instruments der Integrationsvereinbarung in den Kontext einer nachholenden Integrationspolitik stellen die Autorinnen die Ergebnisse ihrer Evaluationsstudie zur Umsetzung der Integrationsvereinbarungen in fünf Schweizer Kantonen vor. Daraus werden einige kritische Aspekte auf gesellschaftspolitischer Ebene abgeleitet. Der Artikel schliesst mit einer Reflexion über die Integrationsvereinbarungen als sozialpolitische Innovation im Spannungsfeld zwischen Fördern und Fordern, wobei ein besonderes Augenmerk der Rolle der Sozialen Arbeit gilt.

Die anderen Beiträge dieser Ausgabe widmen sich anderen Themen: Der Beitrag von Sylvie Mezzena thematisiert einen Aspekt in der Ausbildung der Sozialen Arbeit, dem erstaunlicherweise im frankophonen und deutschsprachigen Raum wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird – dem Verhältnis von reflexivem Handeln und implizitem Wissen. Zu dessen Klärung könnten etwa nicht-rationalistische Handlungs- bzw. Praxistheorien herangezogen werden. Interessante Überlegungen dazu finden sich aber auch in den nicht-intellektualistischen Ansätzen von Gilbert Ryle, Michael Polany und Donald Schön. Diese Strömung steht denn auch im Mittelpunkt der Ausführungen der

Autorin zu der Herausforderung dualer Ausbildungssysteme, sowohl theoretisches wie praktisches Wissen zu vermitteln. Vor dem Hintergrund von Schöns Reflexionskonzepten beleuchtet sie das Modell des reflexiven Praktikers kritisch und plädiert für ein weniger mentalistisches Verständnis des professionellen Handelns.

Der Artikel von Daniel Rosch beleuchtet das Phänomen des Zwangs im Kontext der Sozialen Arbeit. Nach einer Umschreibung von Zwang als im Kern alltägliches Phänomen wird der Begriff für die Soziale Arbeit und für das Recht nutzbar gemacht, indem er auf einen wertegebundenen Ansatz analog zu Silvia Staub-Bernasconis Konzept von Behinderungs- und Begrenzungsmacht bezogen wird. Daraus wird ersichtlich, dass es einen sozialarbeiterisch relevanten Zwangskontext gibt, der je nach Intensität auch rechtlich relevant wird. Legalität wird in Bezug zur Legitimität der Sozialen Arbeit gesetzt. Inwieweit die rechtlichen Grundsätze im Sinne eines für die Methodik zu beachtenden Rahmens zu berücksichtigen sind, wird im zweiten Teil des Artikels dargestellt.

Der letzte Beitrag stellt erste Ergebnisse einer Studie zur Qualität von Tagesschulen und Schülerclubs in der Stadt Zürich vor. Die Autorinnen, Esther Forrer Kasteel und Patricia Schuler, stellen ihr Forschungsdesign vor und präsentieren die quantitativen Resultate zur Situation der Eltern sowie zur Nutzung und Beurteilung der untersuchten Angebote der Ganztagesbetreuung. Ein erstes Fazit aus dem Vergleich von freiwilligen bzw. gebundenen Betreuungsformen rundet die Ausführungen ab.

Im Anschluss an die theoretischen und empirischen Beiträge finden Sie einen Bericht über die Summer School 2010 zum Thema «Soziale Arbeit in Gesellschaft» an der Fachhochschule Nordwestschweiz sowie Hinweise zu Neuerscheinungen und Tagungen. Besonders hinweisen möchten wir Sie auf den Call for Papers für das nächste Sonderheft zu «Jugend, Arbeitslosigkeit, Prekarität und Exklusion in der Schweiz» am Ende des vorliegenden Heftes.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Für die Redaktion

Marcel Meier Kressig

Chère lectrice, cher lecteur,

La lecture de la presse suisse révèle des évolutions dramatiques : la Suisse est en train de perdre son identité à cause de la migration. Les trains bondés, les loyers exorbitants et la lutte pour les places de travail préoccupent les Suissesses et les Suisses. De plus, le durcissement des procédures de naturalisation, l'interdiction de la burqa, ou encore les questions du dialecte au jardin d'enfants, l'émergence de « sociétés parallèles » avec leurs règles propres (Parallelgesellschaft) ou les restrictions de la migration font les grands titres. Les luttes au sujet de l'hégémonie culturelle se mènent aujourd'hui via les controverses sur le label « Suisse » et la définition du concept d'intégration. Les résultats des dernières votations témoignent des rapports de force en la matière.

Le débat des spécialistes sur le concept d'intégration est controversé. Les raisons de ces divergences résident à la fois dans le terme lui-même et dans les références théoriques et conceptuelles y relatives. L'intégration – à la fois processus et résultat conduisant des parties vers un tout – n'est pas simple à saisir. Le seul renforcement de l'intégration n'améliore pas nécessairement la cohésion sociale, comme le montre l'exemple de sectes parfaitement intégrées. Il faut donc aussi prendre en compte des aspects qualitatifs tels que les mécanismes et les formes de l'intégration, les rapports de pouvoir, les conceptions de l'idéal de l'intégration, les valeurs en jeu, les groupes cibles visés, etc. C'est pour ces diverses raisons que le débat entre spécialistes porte sur les définitions des concepts de l'intégration, de l'assimilation, de la multiculturalité, de la transnationalité et de la diversité. Ce débat ne peut être mené sans référence aux diverses modélisations des rapports entre l'individu et la société. Dans le modèle « intégration », la société est généralement conçue comme une unité et la culture est envisagée comme l'instance régulatrice. Dans le modèle « insertion » par contre, centré sur l'Etat, c'est le politique qui est vu comme régulateur de la société. Ce modèle vise la participation au travers des droits sociaux et politiques. Une compréhension universaliste du concept de citoyenneté coexiste ici avec des références au concept de diversité. Ce dernier désigne avant tout l'appartenance à un groupe. Un troisième modèle, enfin, prend acte des processus de spécialisation et de différenciation à l'œuvre dans les sociétés modernes. Il vise l'« inclusion » dans diverses sphères de la vie, dont

l'incidence sur l'exclusion et la participation varie cependant selon chaque personne.

Ces réflexions nous conduisent à une autre dimension du débat sur la reconnaissance et la répartition des richesses : à quelle revendication faut-il accorder la priorité, à la reconnaissance des particularités culturelles d'individus ou de groupes, ou plutôt à la répartition juste des ressources ? Il semble que la question ainsi posée ne mène nulle part. Il s'agit bien plus de lier les deux exigences, celle de la reconnaissance et celle de la répartition des richesses (Fraser). En effet, le manque de reconnaissance et la discrimination économique vont généralement de pair. Il s'agirait alors de déterminer les priorités non pas de manière générale mais de cas en cas, afin que les individus et les groupes puissent réaliser leur idéal d'une vie bonne.

La dialectique entre égalité et différence est également une source constante de controverses conceptuelles, qui ont des incidences pratiques. On peut ainsi se demander si un ou une travailleuse sociale employée auprès de personnes migrantes doit disposer de compétences spécifiques en matière de migration. On peut critiquer le modèle de l'égalité parce qu'il favorise l'homogénéisation, l'assimilation et la normalisation des différences, comme le modèle de la différence peut être critiqué en raison de sa conception essentialiste des caractéristiques culturelles, qui conduirait à une culturalisation ou ethnicisation des problèmes sociaux et économiques. Une issue possible à cette controverse réside dans des modèles conceptuels tels que la différence égalitaire, l'égalité différentielle, ou encore la liberté égalitaire. Il est en effet nécessaire de penser les différents aspects de la diversité de manière systémique. Ainsi se révélera non seulement un monde multicolore, mais aussi un monde stratifié de multiples manières. Dans ce contexte, l'exigence professionnelle consiste dans l'art de la différenciation avec la visée de promouvoir des sécurités et des libertés égales pour toutes et tous.

Le débat public sur les thèmes de la migration et de l'intégration, du vivre ensemble dans des sociétés de migration, trouve son apogée avec le concept de « société parallèle » (Parallelgesellschaft), utilisé comme un véritable terme de combat. La contribution de Christian Reutlinger et de Bettina Brüscheweiler interroge ce concept de « société parallèle ». Dans une perspective de « théorie de l'espace » (raumtheoretisch), l'auteure et l'auteur déconstruisent l'objet « société parallèle », afin de rendre visibles les paradoxes et les constructions de l'espace qui les fondent et leur signification pour la discussion scientifique. L'article se termine avec une réflexion sur les défis d'un travail social réflexif qui intègre la transnationalisation du monde vue d'en bas et qui se fonde sur la perspective d'un développement social.

La contribution d'Esteban Piñero est consacrée à l'ouverture trans-culturelle de l'administration en Suisse. En mobilisant les discours anglo-saxons sur l'administration, l'auteur met au jour les repères conceptuels centraux à l'œuvre dans cette ouverture ainsi que les valeurs et logiques sous-jacentes. Il se demande ensuite si le postulat d'ouverture permet de généraliser et renforcer les standards professionnels des services et institutions ou si, au contraire, il risque de les mettre en question. A l'aide de deux exemples, la police et le travail social, il analyse la collaboration difficile entre des logiques professionnelles différentes. Son analyse se conclut avec l'exigence d'une différenciation des programmes d'ouverture institutionnelle en fonction des services et la nécessité de construire des modèles professionnels pratiques.

La contribution de Miryam Eser Davolio et d'Eva Tov est, quant à elle, consacrée à un autre aspect de la politique d'intégration actuelle. Elles analysent les conventions d'intégration introduites dans le contexte d'une politique d'intégration réactive, pour présenter les résultats d'une évaluation de la mise en œuvre de ces conventions dans cinq cantons suisses. Elles développent par la suite quelques aspects critiques. L'article se termine par une réflexion sur les conventions d'intégration en tant qu'instruments innovants situés dans le champ de tension constitué par la conditionnalité de l'aide (Fördern und Fordern), avec une attention particulière au rôle du travail social.

Les autres contributions de ce numéro abordent des thématiques différentes. L'article de Sylvie Mezzena porte sur un aspect de la formation en travail social encore peu étudié dans les régions francophone et germanophone : les rapports entre l'action réflexive et les savoirs implicites. Des théories de l'action non rationalistes peuvent contribuer à éclairer ces rapports tout comme les réflexions intéressantes, non intellectualistes, de Gilbert Ryle, Michael Polanyi et Donald Schön. L'auteure se fonde sur ces courants de pensée lorsqu'elle étudie les enjeux des systèmes de formation duaux visant la transmission de savoirs théoriques et pratiques. En se démarquant quelque peu des conceptions de Schön, elle donne un éclairage critique du concept du praticien et de la praticienne réflexive. Elle prône ainsi une compréhension moins mentaliste de l'action professionnelle.

L'article de Daniel Rosch éclaire le phénomène de la contrainte en travail social. Il décrit la contrainte comme un phénomène ordinaire, quotidien, pour en donner ensuite une définition utilisable en travail social et dans la sphère du droit. L'auteur fonde cette définition sur un choix de valeurs, conformément à la perspective ouverte par les concepts de Staub-Bernasconi de pouvoirs de contrainte et de limitation (Behinderungs- und Begrenzungsmacht). Ces réflexions mettent au jour les contextes de contrainte dans le

champ du travail social ainsi que leurs dimensions juridiques. L'auteur prête une attention particulière aux rapports entre légitimité et légalité dans le travail social. Dans la deuxième partie de son article, il précise les modalités selon lesquelles le droit influence les méthodes d'intervention.

La dernière contribution présente les premiers résultats d'une évaluation de la qualité des écoles à horaire continu et des clubs d'écoliers et écolières en ville de Zurich. Les auteures, Esther Forrer Kasteel et Patricia Schuller, décrivent le design de leur étude et présentent des résultats quantitatifs concernant la situation des parents ainsi que leur utilisation et leur évaluation des dispositifs. L'article se termine avec une réflexion sur les différences entre des modes d'accueil contraints (sous mandat) et volontaires.

En clôture de ce numéro figurent un rapport sur la Summer School 2010 de la Haute école Nordwestschweiz consacrée au thème «Travail social et société», ainsi que des indications concernant les publications récentes et les congrès. Nous attirons votre attention plus particulièrement sur le Call for Papers pour le prochain numéro spécial de notre revue, qui sera consacré au thème «Jeunesse, chômage, précarité et exclusion en Suisse». Ce Call se trouve à la fin du numéro.

Nous vous souhaitons une agréable lecture.

Pour la rédaction :

Marcel Meier Kressig